


Von wegen Lohndumping

Arbeitskosten. Die westdeutsche Industrie muss nach wie vor um 25 Prozent höhere Arbeitskosten schultern als ihre etablierten Konkurrenten. Der Vorwurf, Deutschland betreibe Lohndumping, um sich auf den internationalen Märkten einen Vorteil zu verschaffen, geht allein schon deshalb ins Leere. 

In der Tat: Die Bundesrepublik ist bei den Lohnabschlüssen im vergangenen Jahrzehnt auf die Bremse getreten. Seit der Jahrtausendwende stiegen die Arbeitskosten je Stunde im Verarbeitenden Gewerbe um durchschnittlich 2 Prozent pro Jahr. Nur in Japan und in der Schweiz war die Lohndisziplin größer.

In den meisten größeren Konkurrenzländern legten die Arbeitskosten

um 3 Prozent pro Jahr zu, in Spanien und dem Vereinigten Königreich sogar um 4 Prozent.

Die deutsche Bescheidenheit hat allerdings gute Gründe. In den 1990er Jahren hatte die Industrie mit massiven Lohnkostensteigerungen zu kämpfen, was viele Jobs kostete (Kasten Seite 2). Die anschließende Phase der Lohnzurückhaltung war also nur ein „back to normal“.



Wer trotzdem glaubt, Deutschland sei zum Billiglohnstandort mutiert, wird durch das Arbeitskostenranking eines Besseren belehrt. Zwar belegt Westdeutschland mit Arbeitskosten von 36,28 Euro je Stunde aktuell „nur“ noch Platz sechs der Rangliste (Grafik Seite 2); zwei Jahre zuvor stand es auf Platz drei.

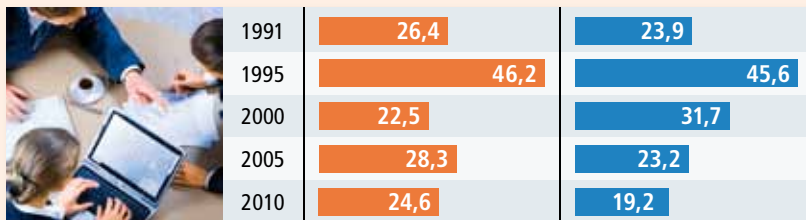
Die an Westdeutschland – zum Teil auch wechselkursbedingt – vorbeigezogenen Länder, also die Schweiz, Schweden und Dänemark, sind aber ebenso wie Belgien und Norwegen keine Big Player auf den Weltmärkten. Von den großen Industrieländern dagegen ist keines vor Westdeutschland platziert – nicht einmal Frankreich.

In einer ganz anderen Kostenliga spielt der Exportweltmeister China: Die Welt mit billigen Produkten zu überschwemmen, fällt bei Arbeitskosten von 2,69 Euro je Stunde nicht schwer – das sind gerade einmal gut 7 Prozent des westdeutschen Niveaus.

Am interindustriellen Vergleich der Arbeitskosten wird oft bemängelt, er spiegele nur die halbe →

Arbeitskosten: Das deutsche Dauerhandicap

Um so viel Prozent waren die westdeutschen Arbeitskosten im Verarbeitenden Gewerbe auf Eurobasis höher als im Durchschnitt der  Industrieländer  EU-15 ohne Deutschland



Industrieländer: USA, Japan, Kanada, Norwegen, Schweiz, EU-15 ohne Deutschland; gewichtet mit den Anteilen der jeweiligen Länder am Wellexport im Zeitraum 2008 bis 2010; Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank, Eurostat, Internationale Arbeitsorganisation, nationale Quellen, Statistisches Bundesamt, U.S. Department of Labor

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien · iwd 41

Inhalt

Bildung: Die OECD kritisiert den Mangel an Hochqualifizierten in Deutschland, übersieht aber den Wert der dualen Berufsausbildung. Seite 3

Arbeitsmarkt: Der jüngste Aufschwung hat auch Jobs für Geringqualifizierte hervorgebracht. Seite 4-5

Wettbewerbspolitik: Das deutsche Recht soll stärker an die EU-Regeln angepasst werden. Seite 6

Erneuerbare-Energien-Gesetz: Die Subventionierung von Strom aus klimafreundlichen Quellen ist heftig umstritten. Seite 7

Informations- und Telekommunikationstechnologie: Der Markt für Hightech-Produkte und -Dienste boomt – auch in Deutschland. Seite 8

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln



Arbeitskosten international: Nur kleine Länder sind teurer

je Arbeitnehmerstunde im Verarbeitenden Gewerbe
im Jahr 2010 in Euro

| | | | |
|------------------------|--------------|--------------|-------|
| Norwegen | 49,54 | Slowenien | 13,44 |
| Schweiz | 40,87 | Zypern | 12,97 |
| Belgien | 39,31 | Malta | 11,83 |
| Schweden | 37,23 | Portugal | 10,45 |
| Dänemark | 36,58 | Tschechien | 9,32 |
| Westdeutschland | 36,28 | Slowakei | 8,00 |
| Frankreich | 34,55 | Kroatien | 7,94 |
| Deutschland | 34,47 | Estland | 7,15 |
| Niederlande | 32,01 | Ungarn | 7,02 |
| Finnland | 31,48 | Polen | 6,46 |
| Österreich | 31,13 | Litauen | 5,09 |
| Luxemburg | 30,16 | Türkei | 5,03 |
| Irland | 29,71 | Lettland | 4,98 |
| Kanada | 26,16 | Russland | 4,55 |
| Italien | 25,82 | Rumänien | 3,50 |
| Japan | 25,49 | Weißrussland | 3,28 |
| USA | 24,41 | China | 2,69 |
| Vereinigtes Königreich | 23,10 | Bulgarien | 2,62 |
| Ostdeutschland | 21,76 | Ukraine | 2,18 |
| Spanien | 21,58 | Moldawien | 1,80 |
| Griechenland | 16,57 | Georgien | 1,78 |
| Südkorea | 15,18 | Philippinen | 1,53 |

Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank, Eurostat, Internationale Arbeitsorganisation, nationale Quellen, Statistisches Bundesamt, U.S. Department of Labor



unter Berücksichtigung des Vorleistungsverbunds

| | | | |
|------------------------|--------------|------------|-------|
| Belgien | 39,25 | Slowenien | 14,03 |
| Dänemark | 37,07 | Zypern | 13,83 |
| Schweden | 36,87 | Malta | 11,85 |
| Frankreich | 34,18 | Portugal | 11,09 |
| Deutschland | 32,72 | Tschechien | 9,61 |
| Niederlande | 31,50 | Slowakei | 8,12 |
| Finnland | 30,33 | Estland | 7,44 |
| Österreich | 30,17 | Ungarn | 7,16 |
| Luxemburg | 30,10 | Polen | 6,65 |
| Irland | 29,37 | Litauen | 5,27 |
| Italien | 25,82 | Lettland | 5,22 |
| Vereinigtes Königreich | 22,98 | Rumänien | 3,80 |
| Spanien | 21,05 | Bulgarien | 2,80 |
| Griechenland | 16,55 | | |

Zahlen zum Teil vorläufig; Umrechnung anhand der jahresdurchschnittlichen amtlichen Devisenkurse; Westdeutschland einschließlich Berlin; Vorleistungsverbund: Die inländischen Vorleistungsbezüge der Industrie, also der Einkauf von Dienstleistungen wie Transporte, und damit die unterschiedlichen Arbeitskosten in den zuliefernden Dienstleistungsbranchen, werden eingerechnet; Berechnung nur für die Länder der Europäischen Union möglich

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwd 41

→ Wahrheit wider. Das Argument: Wenn eine Firma Leistungen wie den Transport billig einkauft und nicht selbst übernehme, könne sie viel Geld sparen. Die Bedeutung dieses Vorleistungsverbunds sollte aber

nicht überschätzt werden: Zum einen kauft die Industrie nur ein Viertel des Arbeitsvolumens zu. Zum anderen sind die Vorleister in Deutschland gerade einmal um 20 Prozent günstiger als die Industrie selbst.

Insgesamt reduzieren sich die deutschen Arbeitskosten durch den Vorleistungsverbund nur um 5 Prozent.

Ähnliches gilt für andere Länder. Dort lagert die Industrie ebenfalls bestimmte Arbeitsschritte aus und spart so Kosten. Deutschland ist deshalb selbst unter Berücksichtigung der Vorleistungen der fünftteuerste Standort der EU. Von Dumping kann also auch in dieser Betrachtungsweise keine Rede sein.

Zurück zum alten Niveau

In den 1990er Jahren stiegen die industriellen Arbeitskosten in Deutschland jahresdurchschnittlich um 3,9 Prozent – und damit deutlich schneller als bei der etablierten Konkurrenz (plus 3,2 Prozent). In der Folge waren die westdeutschen Arbeitskosten 1995 um fast 50 Prozent höher als im Durchschnitt der Industrieländer oder der EU-15-Staaten (Grafik Seite 1). Inzwischen hat sich das Kostenhandicap halbiert. Dank der moderaten Lohnerhö-

hungen seit Anfang der 2000er Jahre und der zuletzt höheren Wechselkurse von Dollar, Yen, Pfund, Franken etc. beträgt der Abstand wie früher rund 25 Prozent.

Die Lohnzurückhaltung in Deutschland war bitter nötig. Sie hat dazu beigetragen, die Beschäftigung zu stabilisieren und die Arbeitslosigkeit zu verringern. Zur Erinnerung: Im Jahr 2005 waren 5 Millionen Menschen ohne Job, heute sind es nicht einmal 3 Millionen – Tendenz fallend.



aus IW-Trends
4/2011

Christoph Schröder: Industrielle Arbeitskosten im internationalen Vergleich

www.iwkoeln.de/trends

Ein Berufsabschluss tut's auch

Bildung. Es gibt zu wenig Akademiker, Meister und Techniker – der aktuelle OECD-Bildungsbericht beklagt wieder einmal die geringe Quote an Hochqualifizierten in Deutschland. Dabei übersehen die Experten jedoch: Wer eine gute berufliche Ausbildung hat, ist für innovative Firmen ebenso interessant wie Uni-Absolventen.

In ihrer Studie „Bildung auf einen Blick“ schlägt die OECD Alarm, weil Deutschland im internationalen Vergleich relativ wenig Hochqualifizierte hat und gegenüber anderen Ländern weiter zurückfällt. So beträgt die Hochschulabsolventenquote in Deutschland 29 Prozent – das bedeutet Platz 23 der 27 verglichenen OECD-Länder. Doch wichtiger als ein Diplom, Master oder Bachelor sind die Kompetenzen eines jeden Einzelnen – und die werden nicht erst an der Uni erworben:

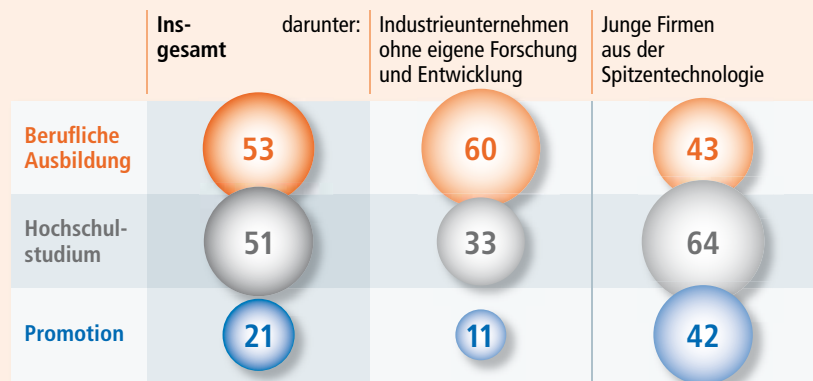
Untersuchungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zeigen, dass im PISA-Test drei Viertel der 15-jährigen Realschüler und ein Drittel der Hauptschüler in Deutschland das Maß an Kompetenzen übertreffen, das spätere Studienanfänger in den USA mindestens erreichen.

Die OECD-Experten vernachlässigen zudem eine wichtige Eigenart des deutschen Bildungssystems: die duale Berufsausbildung. Und gerade auf diesem Feld schneidet Deutschland – zusammen mit der Schweiz und Österreich – weltweit am besten ab. Die Unternehmen wissen das zu schätzen, wie eine Befragung durch das IW Köln zeigt (Grafik):

Für innovative Firmen sind Absolventen der sogenannten MINT-Fächer

Innovationen: Auch ohne Akademiker möglich

Gefragt nach der Bedeutung ihrer technisch-naturwissenschaftlichen Arbeitskräfte für die Innovationsfähigkeit, ordneten innovative Unternehmen die Beschäftigten mit diesem höchsten Bildungsabschluss auf einer Skala von 0 (unwichtig) bis 100 (sehr wichtig) wie folgt ein



Befragung von 2.030 innovativen Unternehmen im März und April 2011; innovative Unternehmen: haben in den vergangenen zwei Jahren mindestens ein neues oder merklich verbessertes Produkt oder ein neues Verfahren zur Erbringung von Dienstleistungen auf den Markt gebracht; junge Unternehmen: existieren seit höchstens zwei Jahren; Spitzentechnologie: mindestens 7 Prozent des Umsatzes werden in Forschung und Entwicklung investiert
Quelle: IW-Zukunftspanel

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iw41

(Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) bedeutsam – egal, ob sie nun von der Uni oder der Berufsschule kommen.

Auf Nicht-Akademiker setzen vor allem Unternehmen, die neue Produkte oder Dienstleistungen auf den Markt bringen, ohne selbst in der Forschung und Entwicklung aktiv zu sein – das trifft auf rund 40 Prozent aller innovativen Firmen in Deutschland zu. Je mehr die Unternehmen eigene Forschungen und Entwicklungen vorantreiben, desto eher brauchen sie auch Akademiker.

Und noch etwas lässt die OECD-Studie außer Acht: Die Zahl der Hochschulabsolventen ist in Deutschland gerade in den vergangenen Jahren stärker gestiegen als in den meisten anderen Ländern.

Im Jahr 2005 machten 207.900 Studenten erstmals einen Abschluss an der Hochschule, 2009 waren es laut Statistischem Bundesamt 288.900 – also fast 40 Prozent mehr.

Die OECD-Datenbank spuckt mit knapp 70 Prozent sogar einen noch größeren Zuwachs aus, weil sie auch Zweitabschlüsse mitzählt, also etwa den Master nach dem Bachelor. Von den OECD-Staaten kann nur Tschechien mit 94 Prozent eine größere Dynamik bei den Hochschulabschlüssen verzeichnen. Große Industrienationen wie die USA (plus 12 Prozent), Kanada (plus 12 Prozent), Japan (plus 4 Prozent) und Frankreich (minus 11 Prozent) schneiden deutlich schlechter ab.

In einem haben die OECD-Experten allerdings recht: Angesichts der Arbeitskräfteengpässe und der demografischen Entwicklung muss sich Deutschland noch deutlich mehr anstrengen, um genügend technisch-naturwissenschaftliche Akademiker wie Ingenieure oder Informatiker hervorzubringen. Denn gemessen an der Nachfrage bilden die Hochschulen Jahr für Jahr etwa 15.000 bis 20.000 MINTler zu wenig aus.

Robuster Aufwärtstrend

Arbeitsmarkt. Obwohl die deutsche Konjunktur im kommenden Jahr deutlich abflaut, bleibt der Arbeitsmarkt weiterhin dynamisch. Der jüngste Aufschwung hat auch neue Jobs für Geringqualifizierte hervorgebracht, die zuvor lange Zeit zu den Verlierern zählten.

Dem deutschen Arbeitsmarkt könnte es kaum besser gehen: Im September sank die Zahl der Arbeitslosen auf unter 2,8 Millionen; im Oktober werden wohl nochmals knapp 100.000 Erwerbspersonen weniger ohne Job sein. Zudem steigt die Zahl der Erwerbstätigen in diesem Herbst auf weit über 41 Millionen – der höchste Wert seit der Wiedervereinigung. Zwar sind immer wieder Stimmen zu vernehmen, die die Aussagekraft der Arbeitsmarktstatistik bezweifeln (Kasten). Doch am positiven Trend gibt es letztlich nichts zu deuteln.

Dass ein solches „Jobwunder“ trotz Schuldenkrise, Börsenturbulenzen und neuen Rezessionsängsten möglich ist, lässt sich durchaus erklären. Zum einen ist beim Blick auf die deutsche Wirtschaft alles andere als Schwarzmalerei angesagt. So dürfte das reale Bruttoinlandspro-

dukt 2012 zwar langsamer wachsen als bisher, aber immer noch um etwa 1¼ Prozent zulegen. Da erfahrungsgemäß ab einem Wachstum von 1 bis 1½ Prozent mit einer Beschäftigungszunahme zu rechnen ist, dürfte es also am Arbeitsmarkt eher weiter aufwärtsgehen (vgl. iwd 38/2011).

Zum anderen schlägt sich ein konjunktureller Abschwung üblicherweise – wenn überhaupt – erst später auf dem Arbeitsmarkt nieder. Verschlechtert sich etwa die Auftragslage der Betriebe, wird zunächst die Zahl der Überstunden reduziert, die Beschäftigten bauen Guthaben auf ihren Arbeitszeitkonten ab oder die Firmen nutzen die Kurzarbeit. Entlassungen sind nur das letzte Mittel.

Diese Strategie führte auch in der Krise des Jahres 2009 zum Erfolg. Während die Produktion um 5 Prozent zurückging, blieb die Zahl der Erwerbstätigen nahezu konstant.

Von der zuletzt günstigen Arbeitsmarktentwicklung hat auch eine Gruppe profitiert, deren Jobchancen lange als äußerst schlecht galten: die Geringqualifizierten. Ihre Arbeitslosenquote war seit den 1980er Jahren mit jeder Rezession auf neue Re-

Die Kritik an der Arbeitsmarktstatistik

Arbeitslosigkeit. Hier lautet der wesentliche Kritikpunkt, dass die Zahl der Arbeitslosen deutlich höher sei als amtlich verkündet, da viele Jobsucher in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen „versteckt“ würden.

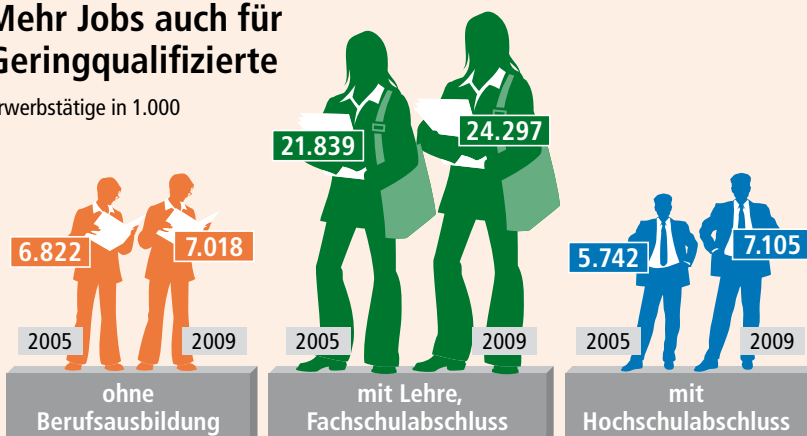
Tatsächlich aber weist die Bundesagentur für Arbeit die gesamte Unterbeschäftigung – also die offizielle Arbeitslosenzahl zuzüglich der Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen – transparent aus. Dabei zeigt sich, dass die Unterbeschäftigung seit Anfang 2009 sogar fast doppelt so stark gesunken ist wie die ausgewiesene Arbeitslosenzahl.

Offene Stellen. Deren Zahl wird nach Ansicht von Kritikern ebenfalls zu hoch angegeben. Vor allem die Zahl der Vakanz in der Zeitarbeit wird angezweifelt – die Zeitarbeitsfirmen würden gar nicht so viele offene Stellen besetzen wollen, sondern nur Profile von Bewerbern sammeln.

Belege hierfür gibt es jedoch nicht. Vielmehr bieten die Zeitarbeitsunternehmen auch deshalb so viele Stellen an, weil die Fluktuation in der Branche weit überdurchschnittlich ist. Im Übrigen deckt die Zahl der offiziell gemeldeten Stellen das tatsächliche Angebot nur zum Teil ab. Denn viele Unternehmen melden Vakanz nicht der Arbeitsagentur, sondern suchen auf anderen Wegen nach neuen Mitarbeitern – vor allem über das Internet.

Mehr Jobs auch für Geringqualifizierte

Erwerbstätige in 1.000



Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien · iwd 41

korde gestiegen – im Jahr 2005 betrug sie dann 26 Prozent. Zum Vergleich: Bei den Akademikern schwankte die Quote im gesamten Zeitraum zwischen 4 und 5 Prozent – das bedeutete nahezu Vollbeschäftigung. Die jüngsten Zahlen sind nun aber auch für die Geringqualifizierten ermutigend (Grafik):

Von 2005 bis 2009 stieg die Zahl der Erwerbstätigen ohne Berufsausbildung um immerhin fast 200.000 auf gut 7 Millionen.

Spiegelbildlich dazu ist im selben Zeitraum die Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld II, die keinerlei Job haben, von 2,8 auf 2,2 Millionen gesunken. Unter ihnen sind viele Geringqualifizierte.

Erfolg und Misserfolg auf dem Arbeitsmarkt hängen allerdings keineswegs nur von der formalen Ausbildung ab. So manche vor Jahren erworbene fachliche Qualifikation ist mittlerweile kaum noch gefragt. Welche Berufe „in“ und welche „out“ sind, darüber entscheidet maßgeblich der wirtschaftliche Strukturwandel (Kasten).

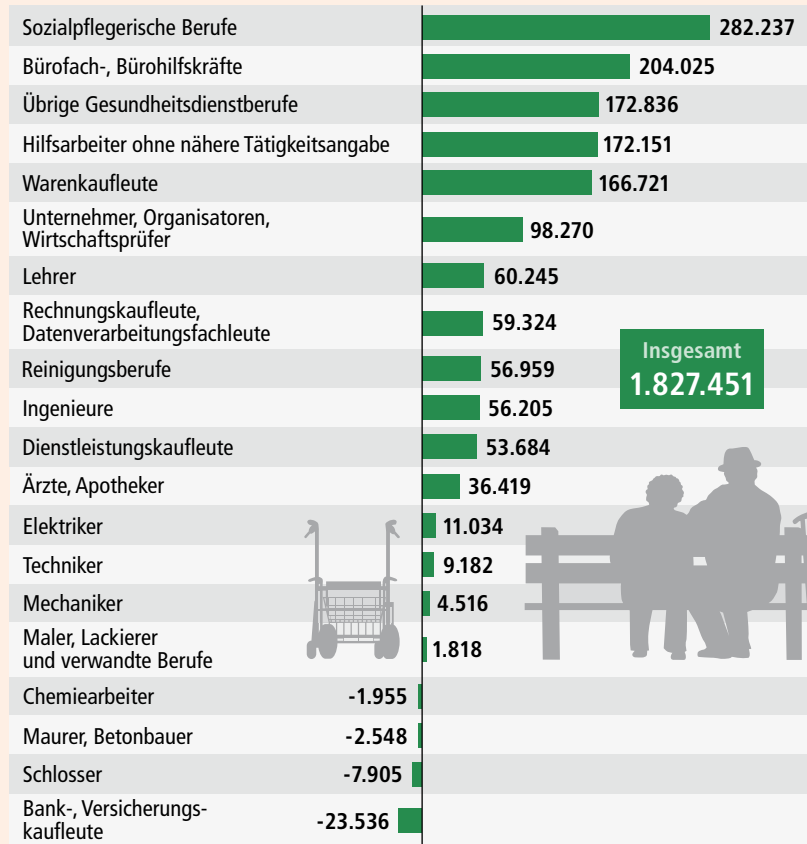
Er hat beispielsweise dazu geführt, dass in den vergangenen Jahren zahlreiche neue Jobs im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen entstanden sind (Grafik):

Seit 2005 stieg die Zahl der Beschäftigten in sozialpflegerischen Berufen wie Sozialpädagoge oder Familienhelfer um mehr als 280.000.

Zu den Gewinnern des Strukturwandels zählen auch Serviceberufe, die weniger gut qualifizierten Arbeitnehmern offenstehen – zum Beispiel Verkäufer, Fahrer, Kellner oder Reinigungskraft.

Soziale Berufe boomen

Veränderung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von Dezember 2005 bis Dezember 2010



Berufe: Auswahl
Ursprungsdaten: Bundesagentur für Arbeit

Ausführlichere Version der Grafik unter:
www.iwkoeln.de/Publikationen/iwd

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IWD Medien - iwd 41

Nur wenig zum Beschäftigungsaufbau von insgesamt rund 1,8 Millionen haben – von einigen Ausnahmen abgesehen – die industriellen Tätigkeiten beigetragen. Besonders viele Jobs gingen zuletzt für Kauf-

leute im Bank- und Versicherungswesen verloren – unter anderem, weil in diesem Bereich viele Tätigkeiten durch technische Innovationen wie das Internetbanking überflüssig geworden sind.

Wie der Strukturwandel den Arbeitsmarkt prägt

Der technische Fortschritt ermöglicht vor allem in der industriellen Fertigung enorme Produktivitätsfortschritte. Einfache Arbeiten lassen sich dort oft günstiger maschinell als von Hand erledigen – was die Chancen Geringqualifizierter, in der Industrie unterzukommen, drastisch verschlechtert hat. Im wachsenden Servicesektor lässt sich Handarbeit dagegen meist gar nicht durch Maschinen ersetzen.

Die Nachfragestruktur hat sich mit steigendem Wohlstand gewandelt – die Men-

schen geben heute einen geringeren Teil ihres Einkommens für Lebensmittel und langlebige Gebrauchsgüter wie Möbel aus, dafür aber mehr für Dienstleistungen. Dies wiederum kommt weniger gut ausgebildeten Arbeitnehmern eher zugute.

Staatliche Regeln beeinflussen die Arbeitsmarktentwicklung ebenfalls. So sind durch die Hartz-Reformen die Anreize gestiegen, auch einfache, geringbezahlte Jobs anzunehmen.

An Europa angepasst

Wettbewerbspolitik. Die Bundesregierung plant eine Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Die wichtigste Neuerung ist, dass das Kartellamt nur bei einem Wettbewerbsverstoß in die Eigentumsstruktur der Firmen eingreifen darf. Eine eigenständige Entflechtung wird es nicht geben. Darüber hinaus wird das deutsche Wettbewerbsrecht mehr an die EU-Regeln angepasst.

Die Wettbewerbspolitik in Deutschland beruht im Wesentlichen auf drei Säulen: dem Kartellverbot, von dem es allerdings Ausnahmen gibt, der Missbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen und der Fusionskontrolle.

Geregelt wird all das im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Auf Basis dieser Vorschriften wacht das Kartellamt in Deutschland darüber, ob die Spielregeln des Wettbewerbs eingehalten werden. Wenn dies nicht der Fall ist,

kann das Amt beispielsweise bei Verstößen gegen das Kartellverbot Bußgelder verhängen oder Fusionen verbieten (Grafik).

Im vergangenen Jahr wurden fast 1.000 Unternehmenszusammenschlüsse angemeldet, das Kartellamt hat nur einen davon verboten.

Doch gerade was Fusionen angeht, sprechen Europa und die Bundesrepublik noch nicht mit einer Stimme. Das Bundeswirtschaftsministerium hat daher kürzlich ein Eckpunktepapier für eine GWB-Novelle vorgelegt. Bevor in Deutschland künftig ein Firmenzusammenschluss untersagt wird, soll das Kartellamt stärker die Auswirkung auf den Wettbewerb berücksichtigen und weniger die Marktstruktur. So sieht es auch das europäische Recht. Einem Unternehmen kann also selbst dann eine Fusion untersagt werden, wenn es dadurch noch gar nicht marktbeherrschend wird, aber der Wettbewerb erheblich in Gefahr

geraten dürfte. Fusionskontrollverfahren werden so allerdings länger und komplizierter.

Einen – sinnvollen – Rückzieher hat das Ministerium auch schon gemacht. In den ersten Plänen zur Novelle war vorgesehen, marktbeherrschende Unternehmen „auseinandernehmen zu können“, sie also eigentumsrechtlich zu entflechten – und zwar auch ohne dass die Firmen gegen Wettbewerbsrecht verstoßen hätten. Ob das vom Grundgesetz gedeckt worden wäre, ist zu bezweifeln. Auf jeden Fall hätte sich ein derartiges Drohszenario negativ auf die Innovations- und Investitionstätigkeit der großen Unternehmen ausgewirkt – und damit letztlich das Wirtschaftswachstum gedämpft.

Die Entflechtungspläne sind in der aktuellen Fassung zwar nicht ganz vom Tisch, doch ziemlich eingedampft. So kann die Kartellbehörde nur dann in die Unternehmensstruktur eingreifen, wenn die Firma bereits nachweislich gegen das Kartellrecht verstoßen hat. Bislang sieht das GWB bei einem Missbrauch von Marktmacht lediglich Maßnahmen vor, die das Verhalten der Unternehmen betreffen. So kann das Kartellamt Firmen untersagen, überhöhte Preise zu fordern, oder Unternehmen Lieferboykotte verbieten.

Ein weiterer Pluspunkt der Novelle ist die Lockerung des Verbots von Verkäufen unter dem Beschaffungspreis. Seit 2008 verbietet das GWB marktbeherrschenden Firmen sogar den gelegentlichen Verkauf von Lebensmitteln zu einem niedrigeren als dem Selbstkostenpreis. Ende 2012 soll damit Schluss sein.

Wirtschaftskrise dämpft Fusionslaune

Beim Bundeskartellamt angemeldete Unternehmenszusammenschlüsse

■ untersagte Zusammenschlüsse

■ vom Bundeskartellamt gegen Kartelle verhängte Bußgelder in Millionen Euro

| Jahr | Anzahl angemeldeter Zusammenschlüsse | Anzahl untersagter Zusammenschlüsse | Bußgelder in Millionen Euro |
|------|--------------------------------------|-------------------------------------|-----------------------------|
| 2001 | 1.568 | 2 | 21,3 |
| 2002 | 1.584 | 6 | 4,5 |
| 2003 | 1.366 | 2 | 717,0 |
| 2004 | 1.412 | 12 | 58,0 |
| 2005 | 1.687 | 6 | 163,9 |
| 2006 | 1.829 | 5 | 4,5 |
| 2007 | 2.242 | 7 | 434,8 |
| 2008 | 1.675 | 4 | 313,7 |
| 2009 | 998 | 3 | 297,5 |
| 2010 | 987 | 1 | 266,7 |

Quellen: Bundeskartellamt, Monopolkommission

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien · iw-d 41

Grüner Strom, teurer Strom

Erneuerbare-Energien-Gesetz. Strom aus klimafreundlichen Quellen wird in Deutschland stark subventioniert. Dadurch ist es gelungen, die aus Wind, Sonne und Biomasse produzierten Strommengen kräftig zu steigern. Doch die Förderpolitik für die grüne Energie ist heftig umstritten.

Strom aus Wind, Sonne, Wasser oder Biomasse gehört längst zum Alltag – bereits heute stammt jede fünfte Kilowattstunde in Deutschland aus erneuerbaren Energien, 2020 sollen es laut Bundesregierung sogar mindestens 35 Prozent sein.

Um die Erzeugung und die Einspeisung regenerativer Energien zu fördern, gibt es das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Jeder, der Ökostrom produziert, erhält demnach eine gesetzlich festgelegte Einspeisevergütung, die über dem Marktpreis für Strom liegt. Die Vergütung nach EEG lässt sich in zwei Elemente splitten:

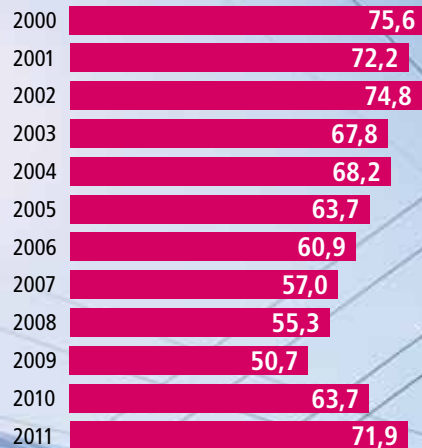
Erstens in den Stromwert, also den Wert, den Strom unabhängig von seiner Energiequelle hat.

Zweitens in den Subventionsanteil, also den Wert, der ausschließlich für die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien draufgelegt wird.

Als das EEG im Jahr 2000 in Kraft trat, beliefen sich die Subventionen noch auf das Dreifache des Stromwerts – für Strom im Wert von 100 Euro erhielten die Ökoanbieter also 400 Euro. In den Folgejahren ging der Subventionsanteil dann zwar zurück, doch selbst im Minimum-Jahr 2009 machte der Förderanteil immer noch genauso viel aus wie der Stromwert (Grafik).

Erneuerbare Energien: Hoch bezuschusst

Subventionsanteil für Strom, der in Deutschland nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) gefördert wird, in Prozent



Ab 2007: abzüglich vermiedener Netzentgelte;
2011: Prognose; Ursprungsdaten: Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft

Subventionsanteil für die einzelnen Stromarten, die in Deutschland nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) gefördert werden, im Jahr 2011 in Prozent

| | |
|----------------------------|-------------|
| Deponie-, Klär-, Grubengas | 28,6 |
| Wasserkraft | 35,6 |
| Wind onshore | 53,0 |
| Biomasse | 71,0 |
| Wind offshore | 72,1 |
| Geothermie | 76,9 |
| Photovoltaik | 85,3 |
| Insgesamt | 71,9 |

© 2011 IW Medien - iw-d 41

Seither sind die auf der Basis des EEG gezahlten Zuschüsse für Strom aus erneuerbaren Energien zudem wieder massiv gestiegen: Aktuell beträgt der Subventionsanteil für Ökostrom fast 72 Prozent.

Im Jahr 2010 wurden in Deutschland für Strom aus regenerativen Quellen 16,7 Milliarden Euro von den Stromkunden bezahlt – davon entfielen nur 4,7 Milliarden Euro auf den Strom selbst, aber 12 Milliarden Euro auf die Subventionen.

Der massive Anstieg der staatlich verordneten Subventionen hat vor allem zwei Ursachen:

– Zum einen ist die durchschnittliche Einspeisevergütung für Biomasse kräftig gestiegen.

– Zum anderen wurde zuletzt besonders viel Solarenergie in die öffentlichen Netze eingespeist – eine Energie, die ebenfalls besonders hoch subventioniert wird.

Denn grüner Strom ist nicht gleich grüner Strom. Die einzelnen regenerativen Quellen werden in unterschiedlichem Maße unterstützt. So erhalten Anbieter von Strom aus Deponie-, Klär- und Grubengas einen Subventionsanteil von beinahe 30 Prozent. Bei Windenergieanlagen, die auf dem Festland stehen, wird mehr als die Hälfte der Einspeisevergütung subventioniert; Offshore-Anlagen kommen auf einen Subventionsanteil von 72 Prozent. Bei Photovoltaik-Strom beträgt der Zuschuss sogar 85 Prozent.

Wenn die Energiewende bezahlbar sein soll, muss Strom aus erneuerbaren Energien billiger werden. Dies ließe sich bewerkstelligen, indem verstärkt solche Energieträger ans Netz kommen, die mit vergleichsweise wenig Subventionen auskommen – dies gilt beispielsweise für Strom aus Wasserkraft.

Softe Branche

Informations- und Telekommunikationstechnologie. Der Markt für Hightech-Produkte und -Dienste boomt weltweit. In Deutschland dürfte der Umsatz der Informations- und Telekommunikationsbranche (ITK) 2011 ebenfalls um rund 4 Prozent zulegen.

So schnell, wie das Internet die Welt erobert hat, so rasant ändert sich die dazugehörige Branche: Während sich hierzulande immer mehr Software-Anbieter etablieren können, findet die industrielle Fertigung der ITK-Hardware inzwischen vorwiegend in Asien statt.

Diese Entwicklung schlägt auch auf die Außenhandelsbilanz durch. Laut OECD erzielte Deutschland zwischen 1996 und 2004 noch einen leichten Exportüberschuss mit ITK-Waren, 2010 übertrafen dann die Einfuhren die Ausfuhren – und zwar in allen Marktsegmenten.

Die starke Nachfrage in Deutschland ist unter anderem darauf zu-

rückzuführen, dass viele Unternehmen nach der Krise wieder kräftig in die Erneuerung ihrer IT-Strukturen investieren. So geht der Branchenverband BITKOM davon aus, dass im laufenden Jahr fast 400.000 neue Netzwerkrechner in den Betrieben installiert werden.

Während die Hardware-Produktion in Deutschland Stück für Stück schrumpft, konnten sich die Anbieter von Software und ITK-Dienstleistungen gut behaupten (Grafik):

Die deutschen Software-Exporte stiegen im Jahr 2010 um 16 Prozent auf rund 12 Milliarden Euro.

Besonders beliebt sind Programme zur Unternehmenssteuerung sowie Sicherheitssoftware und Spezialsoftware, die etwa zur Steuerung von Maschinen eingesetzt wird.

Der Branchenwandel wirkt sich auch auf die Beschäftigung aus: Im Segment Software und IT-Services arbeiten in diesem Jahr gut 17.000 Menschen mehr als im Vorjahr. Dies reicht aus, um die Gesamtbeschäftigung der ITK-Branche weiter nach oben zu hieven:

Mit annähernd 850.000 Mitarbeitern dürften in diesem Jahr in der ITK-Branche rund 1 Prozent mehr Menschen arbeiten als 2010.

Mit der Fertigung von Geräten beschäftigen sich nur noch 70.000, mit IT-Hardware allein sogar weni-



Informations-technologie:

Software dominiert

Beschäftigung in der Informations- und Telekommunikationstechnik 2011

- Beschäftigte in 1.000
- Veränderung gegenüber 2010 in Prozent

| | | |
|---------------------------|--------------|------------|
| Informations-technik | 624,6 | 2,5 |
| davon: | | |
| IT-Hardware | 19,5 | -7,1 |
| Software und IT-Services | 605,1 | 2,9 |
| Telekommunikation | 222,4 | -2,2 |
| davon: | | |
| TK-Hardware | 50,0 | -2,1 |
| Telekommunikationsdienste | 172,4 | -2,2 |
| ITK insgesamt | 847,0 | 1,2 |

Exporte und Importe von Software und IT-Dienstleistungen in Milliarden Euro

| | Export | Import |
|------|--------|--------|
| 2007 | 9,2 | 8,6 |
| 2008 | 10,5 | 9,3 |
| 2009 | 10,4 | 8,8 |
| 2010 | 12,1 | 10,5 |

2011: Prognose; Quelle: BITKOM (Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien)



© 2011 IW Medien - iw-d 41

ger als 20.000 Mitarbeiter. Dagegen ist die Auslagerung des IT-Supports nach Indien oder in andere Länder für das Gros der deutschen Firmen offenbar keine Option. Selbst einfachere Dienste wie die telefonische Beratung für Office-Anwendungen werden selten outgesourct.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Andreas Wodok (Textchef), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw-d@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,30/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln,
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Bercker Graphischer Betrieb
GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iw-d wird einmal monatlich (außer Januar und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iW.KÖLN. WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.